

AZ	I	Z	-			-			-				
----	---	---	---	--	--	---	--	--	---	--	--	--	--

## Antrag auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Instandsetzung von Wohnraum für benachteiligte Haushalte – Sonderprogramm Wohnraumertüchtigung

### I.

**1. Ich/Wir beantrage(n)** <sup>1)</sup> nach den jeweils geltenden Fördergrundsätzen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Förderung der Instandsetzung von Wohnraum für benachteiligte Haushalte einen

Zuschuss zur Instandsetzung von leer stehendem Wohnraum für

- benachteiligte Haushalte  
 Asyl- und Schutzsuchende und Asylberechtigte

**beantragter Zuschuss:**

EUR

**2. Antragsteller (Eigentümer/Erbbauberechtigter):** <sup>1) 2)</sup>

- Privatperson     Genossenschaft     Wohnungsgesellschaft     Kommune     Sonstige

Name, Vorname(n), Titel; Steuer-ID bei Privatpersonen bzw. Steuernummer (TIND1) für juristische Personen	Telefon
Name, Vorname(n), Titel des Ehegatten; Steuer-ID bei Privatpersonen	Telefon

Der Antragsteller ist für diese Baumaßnahme/n vorsteuerabzugsberechtigt     ja     nein

**Anschrift:**

Straße, Postleitzahl, Ort

**Ansprechpartner (Betreuer/Firma/Architekt):** <sup>1)</sup>

Name	Telefon
Anschrift	

**3. Bauvorhaben in:** (bei mehreren Häusern Anlage beifügen)

Straße, Hausnummer				
Postleitzahl, Ort		Landkreis/kreisfreie Stadt		
Grundbuch von	Blatt	Gemarkung	Flur	Flurstück

1) Nichtzutreffendes bitte streichen

2) Zutreffendes bitte ankreuzen

**4. Gebäudebeschreibung:**<sup>1)</sup>

Miet-/Genossenschaftswohnungen,  
Baujahr: ..... Anzahl Wohnungen im Gebäude: ..... mit ..... m<sup>2</sup> Wohnfläche

davon zur Förderung beantragt

Anzahl Wohnungen: ..... mit ..... m<sup>2</sup> Wohnfläche

die beantragten Wohnungen sind leer stehend

Die voraussichtliche monatliche Durchschnittsmiete (kalt) nach Instandsetzung beträgt ..... EUR/m<sup>2</sup> Wohnfläche.

In dem/den Gebäude(n) befindet sich <sup>1)</sup>

Gewerbefläche von insgesamt ..... m<sup>2</sup>

Nutzung des Gebäudes vor Leerstand und Durchführung der im Antrag bezeichneten baulichen Maßnahmen: <sup>1)</sup>

- als abgeschlossene Wohnung(en) zu Wohnzwecken
- zu gewerblichen Zwecken (auch als Ferienwohnung/Ferienappartements)
- als Wohnheim (z. B. Altenwohn-/Pflegewohnheim, Studentenwohnheim, Arbeiterwohnheim)

**5. Gegenstand der Förderung - Kurze Erläuterung des Bauvorhabens bzw. formlose Beschreibung der geplanten Maßnahmen:**

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

1) Nichtzutreffendes bitte streichen

## II. Finanzierungsplan

**6. Ausgaben:** bei mehreren Häusern Anlage beifügen; Einzel-/Gesamtmaßnahme beinhaltet die Kosten für Wohnteil und Gewerbe; zuwendungsfähig sind nur Maßnahmen, die den Wohnteil (im Bestand) betreffen

Ausgaben für	lfd. Nr. gem. Anlage	Kosten *)		Bitte nicht ausfüllen
		Einzelmaßnahme gesamt EUR	davon zur Förderung beantragt EUR	zuwendungsfähige Ausgaben EUR
6.1 Instandsetzungsmaßnahmen - Dach - Fassade - Decken/Wände - Fenster/ Türen -				
6.2 Instandsetzung der technischen Versorgung - Elektro - Wasserver-/entsorgung) -				
6.3 Instandsetzung der Heizungsanlage				
6.4 Instandsetzung sanitärer Einrichtungen				
6.5 Sonstige bauliche Maßnahmen zur Instandsetzung (z.B. Maler-, Bodenbelagsarbeiten)				
6.6 Baunebenkosten (DIN 276, KG 700)				
<b>Gesamtbetrag:</b>				

\*) Kosten gem. Kostenanschlag bzw. Kostenschätzung

## 7. Finanzierung

Die Angaben zu den geplanten Ausgaben und der Finanzierungsplan sind aufeinander abzustimmen, d.h., der Gesamtbetrag der Finanzierungsmittel (siehe unten) muss dem Gesamtbetrag aus der Zusammenstellung der Gesamtausgaben entsprechen.

### 7.1 Förderungsmittel

					Bitte nicht ausfüllen
Förderungsmittelgeber	Zinsen incl. Verwaltungskosten v. H.	Zinsfestschreibung Jahre	Tilgung v. H.	Betrag EUR	Betrag EUR
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)					
Landeszuschuss	–	–	–		
Sonst. Förderungsmittel					
<b>Summe der Förderungsmittel:</b>					

### 7.2 Fremdmittel

Kreditgeber der Fremdmittel	Zinsen incl. Verwaltungskosten v. H.	Zinsfestschreibung Jahre	Tilgung v. H.	Kreditsumme EUR	Kreditsumme EUR
<b>Summe der Fremdmittel:</b>					

### 7.3 Eigenleistungen

	Betrag EUR	Betrag EUR
Geldmittel		
Wert der Sachleistungen		
<b>Summe der Eigenleistungen:</b>		
<b>Gesamtbetrag der Finanzierungsmittel:</b>		

### III. Versicherung

#### 8. Erklärung der Antragstellerin/des Antragstellers <sup>1)</sup>

8.1 Wenn mir/uns die beantragten Förderungsmittel bewilligt werden, übernehme(n) ich/wir folgende Verpflichtungen:

- a) die bewilligten Förderungsmittel zurückzuzahlen, wenn für dieselbe bauliche Maßnahme andere Mittel (Zuschüsse oder Darlehen) des Bundes, des Landes, ihrer Finanzierungsinstitute oder der Gemeinden in Anspruch genommen werden, mit Ausnahme des Einsatzes von
  - Städtebauförderungsmitteln einschließlich des Denkmalschutzes,
  - Mitteln der Dorferneuerung, die sich ausschließlich auf die Gebäudeumhüllung beziehen,
  - Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).
- b) bei der Planung und Ausführung die Bestimmungen des Landesbauordnungsrechtes, der Energiesparverordnung -EnEV- vom 24.07.2007 (BGBl. I S.1519) und die Normen des Deutschen Normenausschusses (DIN) in jeweils geltender Fassung einzuhalten,
- c) Die geförderten Wohnungen sind für die Dauer von mindestens drei Jahren seit Fertigstellung wohnungssuchenden benachteiligten Haushalten als Miet- und Genossenschaftswohnungen zu überlassen. Während der Dauer der Zweckbestimmung ist die Belegung der Miet- und Genossenschaftswohnungen im Einvernehmen mit der Belegenheitsgemeinde oder mit der zuständigen Amtsverwaltung vorzunehmen.
- d) Für die geförderten Wohnungen kann für die Dauer von drei Jahren seit Fertigstellung keine höhere Miete (Nettokaltmiete) vereinbart werden, als zum Zeitpunkt der Bewilligung in den Richtlinien der kreisfreien Städte und Landkreise zur Festlegung der Angemessenheit von Kosten zur Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II bzw. § 35 SGB XII angeführt sind.
- e) einen beabsichtigten Abbruch, Rückbau, eine Veräußerung oder eine Zweckentfremdung des/der instand gesetzten Gebäudes/Wohnungen dem Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI) rechtzeitig vorher schriftlich anzuzeigen,
- f) die sich aus der Inanspruchnahme von Förderungsmitteln ergebenden Verpflichtungen bei Veräußerung dem Rechtsnachfolger aufzuerlegen, und zwar in der Weise, dass dieser wiederum gehalten ist, seinen Rechtsnachfolger in gleicher Weise zu binden; bei Abbruch, Rückbau oder Zweckentfremdung vor Ablauf der Zweckbindung sind die auf diese Gebäudeteile entfallenden Förderungsmittelanteile unverzüglich zurückzuzahlen,
- g) ein Bearbeitungsentgelt in Höhe von 0,75 v. H. des bewilligten Zuschussbetrages für die von mir/uns mit der Antragstellung und Bewilligung verursachten Verwaltungsleistungen zu zahlen, wenn die Bewilligung vor Auszahlung der Zuwendungen von mir/uns aus Gründen zurückgegeben wird, die ich/wir selbst zu vertreten habe/n.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- h) die Förderungsmittel ganz oder teilweise widerrufen bzw. zurückgenommen werden können, wenn die vorstehenden Verpflichtungen schuldhaft verletzt werden oder wenn
  - die Mittel nicht ihrem Zweck entsprechend verwendet wurden,
  - die geförderten Wohngebäude nicht oder nicht mehr zu Wohnzwecken genutzt werden,
- i) die Förderungsmittel ganz oder teilweise widerrufen bzw. zurückgenommen werden können, wenn ich/wir höhere Förderungsmittel erhalten habe(n), als mir/uns aufgrund der entstandenen förderungsfähigen Gesamtausgaben zusteht(en),
- j) durch den Widerruf bzw. die Rücknahme der Förderungsmittel die vorstehenden Verpflichtungen nicht berührt werden,
- k) ein Beginn der im Antrag bezeichneten baulichen Maßnahmen vor Bewilligung, der nicht vom LFI schriftlich genehmigt wurde, zur Ablehnung des Förderungsantrages bzw. zum Widerruf einer etwaigen Bewilligung führt;
- l) auch bei Vorliegen aller Förderungsvoraussetzungen kein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Förderungsmitteln besteht und Bewilligungen nur im Rahmen verfügbarer Mittel erteilt werden können.

8.2 Ich/Wir erkläre(n), dass mit/uns die Fördergrundsätze für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Instandsetzung von Wohnraum für benachteiligte Haushalte in der derzeitigen Fassung bekannt sind.

8.3 Haben Sie für dieses Wohngebäude/diese Maßnahmen schon andere Förderungsmittel (z. B. KfW-Darlehen, Fördermittel der Gemeinden) erhalten/beantragt? <sup>1)</sup>

nein                       ja, folgende Mittel: ..... i. H. v. EUR .....

Bewilligungsstelle: .....

Der Zuwendungsbescheid ist diesem Antrag beigelegt.                       nein                       ja

#### 8.4 Baubeginn und Fertigstellung

Haben Sie mit der Baumaßnahme schon begonnen?<sup>1)</sup>

nein                       ja, am ....., mit folgenden Maßnahmen: .....  
geplanter Baubeginn am: ..... geplante Fertigstellung am: .....

1) Zutreffendes bitte ankreuzen

#### 8.5 Beiblatt zur Bestätigung der Belegenheitsgemeinde <sup>1)</sup>

wurde bei der Kommune eingereicht:                       nein                       ja

### 9. Dem Antrag sind beigefügt (1-fach): <sup>1)</sup>

- a)  Eigentumsnachweis (vollständiger Grundbuchauszug mit Bestandsverzeichnis, Abt. I, II, III bzw. vollständiger Kaufvertrag) nicht älter als 1 Jahr (Vorlage spätestens zur Auszahlung der Fördermittel),
- b)  Darlehensangebot über erforderliche weitere Fremdfinanzierungsmittel (Vorlage spätestens zur Auszahlung der Fördermittel),
- c)  Erhebungsbogen für juristische Personen & Personengesellschaften bzw. Stiftungen (Formblatt),  
 Handels-, Genossenschafts-, Vereinsregisterauszug bzw. Stiftungsverzeichnis,
- d)  Kostenanschläge von Baufirmen bzw. Kostenschätzung durch Architekten, Ingenieure oder Wohnungsunternehmen,
- e)  Grundriss vom Bestand, mindestens jedoch eine Skizze
- f)  aktuelle Erklärung über bereits erhaltene „De-minimis“- Beihilfen und „DAWI-De-minimis“- Beihilfen.

Die Anforderung weiterer Unterlagen/Nachweise bleibt vorbehalten.

### 10. Hinweise zum Datenschutz

Die dem Förderantrag beigefügten bzw. im Downloadbereich zum Förderprogramm zusammen mit den Antragsdokumenten zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit meinen/unseren personenbezogenen Daten und zu meinen/unseren Rechten habe/n wir/ich zur Kenntnis genommen.

### 11. Kostenübernahmeverpflichtung <sup>1)</sup>

Die Kostenübernahmeverpflichtung nach Nr. 8.1 Buchst. g) dieses Antrages habe(n) ich/wir besonders zur Kenntnis genommen.

### 12. Beihilferechtliche Bewertung der Wohnraumförderung als De-minimis-Beihilfe

Mir/Uns ist bekannt, dass die beantragte Förderung eine Subvention und Beihilfe darstellt.  
Die Voraussetzungen des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind, sind einzuhalten. Sofern die Voraussetzungen nach der Verordnung der Kommission vom 25.04.2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen vorliegen, kommt eine Freistellung über DAWI-De-minimis in Betracht. In diesem Fall ist dem Antrag eine Erklärung (siehe Nr. 9 Buchstabe j) über bereits erhaltene bzw. beantragte De-minimis-Beihilfen beigefügt.

### 13. Versicherung des Antragstellers <sup>1)</sup>

13.1 Ich/Wir versichere(n), dass meine/unsere Angaben in diesem Antrag richtig und vollständig sind.

13.2 Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB)

Zuwendungen, die aufgrund dieses Antrages bewilligt werden, sind Subventionen im Sinne des § 264 StGB. Gemäß § 1 des Subventionengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 12. Juli 1995 (GVOBl. M-V S. 330) gelten für diese Subventionen die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037). Nach § 3 SubvG sind Sie verpflichtet, der Bewilligungsstelle unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass sämtliche in diesem Antrag in den Nrn. 2 bis 8 gemachten Angaben und die dem Antrag beigefügten Unterlagen gemäß Nr. 9 subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind und dass der Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist. Ich bin/Wir sind verpflichtet, der Bewilligungsstelle unverzüglich eine nachträgliche Änderung der vorgenannten Angaben mitzuteilen.

1) Zutreffendes bitte ankreuzen

Ort, Datum, Firmenstempel, Unterschrift(en) aller (Mit-)Eigentümer des Grundstücks und deren Ehegatten

Prüfungsvermerk der Bewilligungsstelle	
Geprüft: Datum: _____	
_____ Unterschrift	_____ Zuleitungs-Nr.